



Es ist Zeit für mehr Zeit

Jede Stimme zählt.
Für deine
Personalvertretung!

Im Mai GEW wählen

Inhalt

	Seite		Seite
Tarifstreit	3	Hotel Silber	9
Ein technischer Lehrer im Interview	4/5	GEW unterwegs	10/11
Zeig mir deine Schule, Linden-Realschule	6/7	GEW Kreis Stuttgart	12

Personalratswahlen 2019 - es ist wieder soweit!

Alle 5 Jahre wird im GHWRGS - Bereich, an den Gymnasien und beruflichen Schulen ein neuer Personalrat gewählt. Die Gymnasien und beruflichen Schulen wählen ihren „Örtlichen Personalrat“ direkt an der Schule.

Im GHWRGS-Bereich wählen die über 3000 Lehrkräfte in Stuttgart den Örtlichen Personalrat, der im Staatlichen Schulamt Stuttgart mit einem eigenen Büro verortet ist. Ebenfalls werden die Bezirkspersonalräte und Hauptpersonalräte neu gewählt.

Als GEW und Personalvertretung fordern wir schon lange u.a.:

- ☀ Eine Erhöhung der Vertretungsreserve
- ☀ Senkung des Klassenteilers
- ☀ Eine Klassenleitungsstunde
- ☀ Gute Rahmenbedingungen für die inklusive Beschulung
- ☀ Unbefristete Einstellungen und Gehaltsfortzahlungen in den Sommerferien
- ☀ Ausbau der Studienplätze und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen aufgrund des enormen Lehrerbedarfs
- ☀ Gleiche Bezahlung für wissenschaftliche Lehrkräfte
- ☀ Erhöhung der Beförderungsstellen für Fachlehrkräfte - Abbau der langen Wartezeiten von 10 Jahren und mehr, bei Beförderungen
- ☀ Erhöhung der Stundenzahl für Leitungsaufgaben der Schulleitungen und mehr Zeit für Kernaufgaben wie Schulentwicklung

...

Ihre Personalräte und Personalrätinnen der GEW vertreten diese Forderungen indem sie:

- ☀ dies bei Entscheidungsträgern permanent einfordern
- ☀ sich an Landtagsabgeordnete und an Gemeinderäte wenden
- ☀ beharrlich durch Anträge, Petitionen, Schreiben und Demonstrationen den Forderungen öffentlich Nachdruck verleihen

Deshalb, - unterstützen Sie die Arbeit der Personalrät/innen und der Gewerkschaft durch ihre Stimmen!

Wählen gehen!

GEW/ wählen!

Ein Rückblick auf die Tarifverhandlungen

Der Warnstreik hat sich gelohnt, das Tarifiergebnis kann sich sehen lassen

Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrer Teilnahme am Streik das Tarifiergebnis ermöglicht haben. Ohne eure Unterstützung wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen. Diese Tarifrunde war nicht einfach. In den ersten zwei Verhandlungsrunden legten die Arbeitgeber kein Angebot vor. In der zweiten Verhandlungsrunde traten sie mit einer Gegenforderung auf, die die Eingruppierungsgrundsätze völlig verändern sollten. Den Gewerkschaften gelang es, dies zu verhindern. In der dritten Verhandlungsrunde schien es lange Zeit, aufgrund der Differenzen der Arbeitgeber untereinander, dass es zu keinem Verhandlungsergebnis käme. Nach drei Tagen und Nächten war es dann doch endlich geschafft, das Ergebnis stand fest. Ergebnisse bei Tarifverhandlungen bestehen immer aus Kompromissen und so enthält auch dieses Ergebnis Licht und Schatten.



Es konnte eine Gehaltserhöhung im Gesamtvolumen von 8% erreicht werden, allerdings mit einer Laufzeit von 33 Monaten. Dies bedeutet, dass die Tabellenwerte wie folgt angehoben werden:

	Gesamtvolumen	Stufe 2-6	Mindestbetrag	Stufe 1
rückwirkend 01.01.2019	3,2 %	3,01 %	100 Euro	4,5 %
2020	3,2 %	3,01 %	90 Euro	4,5 %
2021	3,2 %	1,29 %	50 Euro	4,5 %

Weiterhin konnte erreicht werden, dass die Angleichungszulage von bisher 30 € auf 105 € erhöht wird. Dies ist allein dem Erfolg der GEW zuzuschreiben und ein wichtiger Schritt in Richtung Paralleltabelle. Zusätzlich wurde vereinbart, dass nach Abschluss der Redaktionsverhandlungen zur Tarifrunde, Tarifverhandlungen zur Verbesserung der Entgeltordnung-Lehrkräfte zwischen der GEW und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder aufgenommen werden.

Die Wertebene der Tabelle des Sozial- und Erziehungsdienstes des TVÖD, wird ab 2020 für den Länderbereich übernommen werden. Dies bedeutet für die Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten eine nochmalige Erhöhung ihrer Gehälter. Die Überleitungsregelungen werden noch in den Redaktionsverhandlungen festgelegt.

Die Tabellenstruktur für die Entgeltgruppe E9 wurde ebenfalls verändert. Die kleine E9 mit verlängerten Stufenlaufzeiten wird es nicht mehr geben. Die neue Tabelle sieht eine E9a mit 6 Stufen und normalen Stufenlaufzeiten und eine E9b vor.

Die stufengleiche Höhergruppierung konnte leider nicht durchgesetzt werden. In dieser Frage waren die Arbeitgeber nicht kompromissbereit. Es konnte lediglich erreicht werden, dass die Garantiebeträge in den Stufen 1-8, von 40 € auf 100 € und in den Stufen E9-E15, von 63 € auf 180 € erhöht werden. Dies bringt bei Höhergruppierung jetzt mehr Geld, jedoch gehen weiterhin die bereits zurückgelegten Stufenlaufzeiten verloren. Diese Frage wird die GEW gegenüber den Arbeitgebern weiterhin thematisieren und die GEW wird auf Verbesserungen drängen.

Die Arbeitgeber bestanden darauf, dass der Tarifabschluss Kompensationsmöglichkeiten enthält. Dies führte dazu, dass die Jahressonderzahlung auf dem Stand von 2018 für vier Jahre eingefroren wird.

Insgesamt kann sich das Tarifiergebnis sehen lassen.

Die Übertragung der Tarifiergebnisse im Gesamtvolumen von 8% auf die Beamtinnen und Beamten, führt auf Seiten der Tarifbeschäftigten zu großem Unmut. Die Beamtinnen und Beamten erhalten für die 33 Monate eine um fast 0,4% höhere Gehaltssteigerung als die Tarifbeschäftigten. Dies führt dazu, dass die Schere des Nettoverdienstes zwischen den Beamt/innen und den Tarifbeschäftigten weiter vergrößert wird. Die GEW fordert daher von der Landesregierung in Gesprächen, eine Verbesserung für die Tarifbeschäftigten zu erreichen, damit die Benachteiligung der Tarifbeschäftigten gegenüber den Beamtinnen und Beamten ausgeglichen wird.

Es kann nicht sein, dass der Personenkreis, der die Tarifiergebnisse erstreitet, am Ende weniger bekommt, als die Beamtinnen und Beamten. An dieser Stelle sind wir als GEW gefordert, uns solidarisch für eine gerechtere Bezahlung einzusetzen.

Bärbel Etzel-Paulsen

Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Kreis Stuttgart, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart
Verantwortlich: Erwin Berger
Layout: Angelika Steinhilper

Mit Namen oder Namenszeichen gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasser dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Kreis Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14, 73230 Kirchheim unter Teck

Technischer Lehrer im Interview

Magdalena Wille (Referentin für Berufliche Bildung bei der GEW) spricht mit Jörg Sattur (Kurzfassung)

Magdalena: Wie ist dein beruflicher Werdegang?

Jörg: Ich bin gelernter Bäcker und Konditor und Bäckermeister. 1996 bin ich in den Schuldienst an die gewerbliche Schule Im Hoppenlau in Stuttgart eingestellt worden und unterrichte seither dort hauptsächlich bei den Bäckern und Konditoren. Des Weiteren bin ich derzeit Bezirkspersonalrat am Regierungspräsidium Stuttgart, Mitglied im Landesfachausschuss berufliche Schulen der GEW und Vorsitzender des Arbeitskreises der Technischen Lehrkräfte der GEW.

Magdalena: Welchen Stellenwert hat deiner Ansicht nach der Unterricht der TL an den beruflichen Schulen?

Jörg: Das hier in der Breite darzulegen würde vermutlich den Rahmen sprengen, ich versuche mich kurz zu fassen. Gerade durch das praktische Arbeiten haben TL nochmal einen anderen Zugang zu den Schülerinnen und Schülern, andere Formen des Lernens sind in ihrem Unterricht möglich. Und durch ihr fachliches Wissen und Können tragen sie viel zum Ansehen und Renommée der beruflichen Schulen nicht nur bei unseren Schülern, sondern auch bei den dualen Partnern und Wirtschaftsverbänden und Berufsinstitutionen bei, haben sie doch die Berufe sozusagen „von der Pike auf gelernt“.

Magdalena: Wie bist du zur GEW gekommen, warst du vor deiner Schulzeit schon Gewerkschaftsmitglied?

Jörg: Nein, nein, ich war wie die meisten Bäcker unorganisiert. Die ersten Jahre in der Schule war ich als Tarifbeschäftigter angestellt und mein Verdienst lag zu Beginn meiner Dienstzeit deutlich unter meinem vorherigen Verdienst als Bäckermeister. Auch das deutlich höhere Deputat im Vergleich zu den wissenschaftlichen Kolleg/innen ärgerte mich, widersprach es doch meinem Gerechtigkeitsempfinden. Schließlich hatte ich fünf Jahre in meine Ausbildung investiert und meinen Meisterkurs aus eigener Tasche bezahlt! Dazu hatte und habe ich bei den Bäckern sehr häufig auch Schüler/innen aus sogenannten bildungsfernen Familien oder mit Handicaps, so dass mich auch die Frage der Bildungsgerechtigkeit sehr schnell umtrieb. All das waren Gründe für mich, in die GEW einzutreten.

Magdalena: Wie bist du dann zum Arbeitskreis gekommen?

Jörg: Als ich mitbekommen habe, dass es da einen Arbeitskreis für TL gibt, habe ich Kontakt aufgenommen und bin dann mal hingegangen. So habe ich dann 1999 einen Artikel geschrieben, welcher damals im Berufsschulinfo der GEW veröffentlicht wurde, um auf die besonderen Belastungssituationen der TL hinzuweisen. Artikelüberschrift war „Aus dem Alltag eines TL“, in welchem ich sehr direkt und ohne Umschweife aus einem Unterrichtstag berichtet habe. Es war wichtig, dass hier einmal Probleme und Belastungen von TL in breiter Öffentlichkeit benannt werden.

Magdalena: Du hast die Bezahlung, das Deputat und die Bildungsgerechtigkeit angesprochen. Welche Themen bilden heute den Schwerpunkt eurer Arbeit im Arbeitskreis?



Magdalena Wille und Jörg Sattur im Gespräch

Jörg: Das berufliche Schulwesen ist vielschichtig und weit verzweigt und es verändert sich immer schneller was sich bei den TL widerspiegelt. Schülerzahlen verändern sich, ganze Berufsfelder sind im Wandel. Es gibt Bereiche, in welchen TL von Flexibilisierungsmaßnahmen betroffen sind, da es in ihren Berufen zu wenig oder gar keine Schüler mehr gibt. Andere TL wiederum unterrichten verstärkt im Übergangsbereich und in VABO Klassen und sind dort vor besondere Herausforderungen gestellt. Und wieder andere werden mit einer immer schnelleren technischen Entwicklung konfrontiert, ich nenne hier einfach mal die Begriffe „Industrie 4.0“ oder „Digitalisierung“. Dazu kommen immer mehr gesetzliche Vorschriften zum Beispiel im Bereich des Arbeitsschutzes, welche die Werkstätten und Labore an den Berufsschulen betreffen und die von den TL umgesetzt werden müssen. Dabei müssen die Kolleginnen und Kollegen unterstützt werden. Es müssen gezielte Qualifizierungsmaßnahmen umgesetzt werden, welche sowohl den Bereich der Ausbildung als auch den der Weiterbildung von TL betreffen. Ich glaube, dass Veränderungen ein Zeichen unserer Zeit sind. Dabei müssen nicht nur TL, aber gerade auch sie für ihre Aufgaben unter Bereitstellung entsprechender Ressourcen vorbereitet, begleitet und geschult werden.

Magdalena: An welche Ressourcen denkst du dabei?

Jörg: Sehr viele TL nehmen neben der Werkstatt- und Laborverantwortung häufig noch weitere Sonderaufgaben an den Schulen wahr, gleichzeitig ist aber die Entlastung für diese Aufgaben gekürzt oder gar gestrichen worden. Ich kann aber nicht auf der einen Seite den Kolleginnen und Kollegen immer mehr Aufgaben zuschieben und auf der anderen Seite dafür keine Entlastung in Form von Zeit zur Verfügung stellen. Denn darunter leidet dann nicht nur die Qualität des Unterrichts, was unsere Schüler übrigens sehr schnell registrieren, sondern auch die Gesundheit der Betroffenen. Kurz gesagt ist meine Forderung und die des Arbeitskreises, dass bei Veränderungen die Betroffenen einbezogen werden und dass neben entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen Ressourcen in Form von Zeit zur Verfügung gestellt werden.

Magdalena: Gibt es weitere Punkte, welche du bei Veränderungen für die Betroffenen für wichtig erachtest?

Jörg: Mit den Leuten muss gesprochen werden, sie müssen mitgenommen werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass an den Schulen ein tiefgreifender Wandel stattfindet und mit den Betroffenen darüber nicht gesprochen wird. Betroffene zu Beteiligten machen, sie einbeziehen, ihnen Wege aufzeigen, das ist der Weg.

Magdalena: Wenn du träumen dürftest – was wäre dein Traum?

Jörg: Meine Vision ist die eines gerechten Bildungssystems. Ein Bildungssystem, in welchem die Kolleginnen und Kollegen den gleichen Umfang an Arbeitszeit haben und entsprechende Ressourcen bereitstehen. Eine gerechte Bezahlung, welche sich nicht nur an der Qualifikation misst, sondern auch an Leistung und Verantwortung. Konkret im beruflichen Bereich ist es mir nicht einleuchtend, warum das Deputat von TL höher ist. Und weiter: Nicht nur, dass die Gehälter von TL und WL enorm auseinanderklaffen, sondern dass auch der Gehaltsunterschied bei Beamten und Tarifbeschäftigten bei gleicher Tätigkeit so weit auseinanderklafft, ist nicht gerecht.

Wenn dann noch die Zeit gegeben wird, nicht nur die Aufgaben um den Unterricht herum wie Qualitätsentwicklung oder ähnliches zu betreiben, sondern gezielt die Schüler nach ihren Anlagen, Fähigkeiten und Eignungen zu fördern und zu fordern, dann wäre viel erreicht. Und dies sehe ich nicht nur auf den beruflichen Bereich beschränkt, sondern auf unser ganzes Bildungssystem.

Jörg Sattur



Kundenportal des LBV – Aktuelles:

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Absenkung der Eingangsbesoldung: Für die Jahre 2013 bis 2017 wird die Absenkung der Eingangsbesoldung vollständig ausgeglichen

Die Baden-Württembergische Landesregierung hat am 22. Januar 2019 entschieden, allen Beamtinnen und Beamten, sowie Richterinnen und Richtern, deren Eingangsbesoldung in den Jahren 2013 bis 2017 abgesenkt war, die Absenkung auszugleichen. Das Land wird für die Jahre 2013 und 2014 keine Verjährung geltend machen. Die Nachzahlungen sollen weitestgehend im Laufe des 2. Quartals 2019 überwiesen werden. Die Auszahlung erfolgt automatisch, sie muss nicht beantragt werden.

Die Beharrlichkeit und das permanente Drängen der GEW mittels Demos, Rechtsverfahren und Gesprächen mit Abgeordneten zur Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung haben sich gelohnt!

Ein voller Erfolg für die jungen Lehrkräfte, die nun, das ihnen gebührende Gehalt, rückwirkend erhalten!

10. Inklusionstag Baden-Württemberg 2019 – Rückblicke und Ausblicke

Am 26. Januar 2019 fand der 10. Inklusionstag an der PH-Ludwigsburg statt. Anlass war 10 Jahre Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die BRD und eine Reflexion der Entwicklungen bis dato.

Horst Frehe, Vorstand Selbstbestimmtes Leben e.V., Staatsrat für Soziales in Bremen a.D., Richter am Sozialgericht a.D. und ehemaliger Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft, erläuterte in seinem Gastvortrag wie schwierig es immer noch ist, seine Rechte als behinderter Mensch durchzusetzen. Dazu bedarf es manchmal eines langen Atems und des Rechtswegs, wie er an einigen Beispielen erläuterte. Herr Frehe, selbst seit seiner Kindheit an den Rollstuhl gebunden, ermutigte die Anwesenden, ihre Rechte einzufordern.



Martin Pelz, Martin Schüler (Schulrat Schulamt Tübingen), Ute Kern-Waidelich (Mutter eines behinderten Kindes) und die Moderatorin Prof.Dr. Sandra Fietkau in angeregter Diskussion über den aktuellen Stand der inklusiven Beschulung.

Am Nachmittag gab es mehrere Gesprächsrunden auf dem „roten Sofa“ zu den Themen, Bildung, Wohnen, Arbeit und Freizeit. Die GEW, die die Inklusionstage immer unterstützt hat, war mit Martin Pelz, Vorsitzender der GEW-Landesfachgruppe sonderpädagogische Berufe, auf dem Sofa zum Thema Bildung vertreten. Martin Pelz kritisierte besonders die noch immer bestehende Unverbindlichkeit bei der inklusiven Beschulung. Es gibt noch immer keine festen Parameter für Zuweisungen von Sonderschullehrerstunden in der Inklusion, Gruppengrößen bei Klassen mit inklusiven Settings, ...

Es fehlt schlicht der politische Wille einer Festlegung und eines verbindlichen Organisationserlasses.

Einen schwungvollen Abschluss der Veranstaltung bereitete den Teilnehmern die Groove-Inclusion, ein inklusives Big Band Projekt aus dem Remstal.

Erwin Berger

14. Januar 2019, an der Linden-Realschule

Die Linden-Realschule in Untertürkheim ist Eliteschule für Sport und musste sich innerhalb von wenigen Jahren, - wie viele andere Schulen in Stuttgart – mit enormen Veränderungen auseinandersetzen. Aufgrund der Unterversorgung mit Lehrerwochenstunden haben Belastungen für die Schule sowie für die Lehrkräfte permanent zugenommen, sowohl in der inneren Struktur, als auch in der äußeren Struktur.

Die baulichen Veränderungen an dieser Schule sind ein Teil der Belastungen. Vor ca. 15 Jahren erhielt die Schule einen gelungenen Anbau und eine Sanierung des alten Schulgebäudes. Die Schule war zu dieser Zeit dreizügig. Für die Renovierung wurden große Container als Ausweichklassenzimmer im beengten Schulhof installiert. Die Schule ist nun vierzügig. Die Container stehen immer noch. Ihr Zustand ist fragwürdig. Die Schule hat im Augenblick 2 Wanderklassen. Eine 3. Klasse ist in einem naturwissenschaftlichen Fachraum untergebracht.



Gerade werden die Toilettenbereiche renoviert. Bei der Instandsetzung stellte man eine unzureichende Tragfähigkeit der Decken fest. Nach einem Baustopp wurde ein Toiletten-Container für Schüler/innen und Lehrkräfte auf dem Schulhof aufgestellt. Ein Gerüst und ein Absperrgitter grenzen den Pausenbereich weiter ein, so dass Basketballkörbe und Tischtennisplatten im Augenblick nicht benutzt werden können.



Die Lehrkräfte sehen ihre Schule inzwischen als anonymen Großbetrieb. Die Menge an Schüler/innen lässt kaum noch soziale Begegnungen und Beziehungen zu. Das Auslaufen von Haupt- und Werkrealschulen, die Aufhebung der Grundschulempfehlung,

die inklusive Beschulung und zusätzliche VK-Schüler/innen in Regelklassen haben zu einer erheblichen Zunahme der Schülerzahlen geführt. Zusätzlich kamen in diesem Schuljahr 75 Schüler/innen aus den Gymnasien zurück. 100 Schüler/innen wurden mit einer Hauptschulempfehlung an der Linden-RS eingeschult.



Angela Effnert und Erwin Berger re., besuchen das Kollegium der Linden-Realschule

Die große Bandbreite an Lernvoraussetzungen stellt eine enorme Herausforderung dar. Schüler/innen aus den Gymnasien sind eher unterfordert, Hauptschüler/innen sind oft überfordert und Schüler/innen der Vorbereitungsklassen haben meist Schwierigkeiten, den Inhalten aufgrund fehlender Deutschkenntnisse zu folgen. Die Zunahme an Verhaltensproblemen beeinträchtigt das Lernen und senkt das Lernniveau. Die berechnete Frage der RS-Lehrkräfte, wie sie die „klassischen Realschüler/innen“ noch entsprechend fördern können, bleibt unbeantwortet. Dies führt bei allen Beteiligten zu einer verständlich erhöhten Frustration.

Ein großes Hemmnis auf die Veränderungen der Lernvoraussetzungen reagieren zu können, sehen die Lehrkräfte darin, dass alle Schüler/innen in der Orientierungsstufe auf M-Niveau unterrichtet und bewertet werden müssen.

Differenzierungsmöglichkeiten bereits in Klasse 5 und 6 anbieten zu können, wäre nach Ansicht der Lehrkräfte zielführend und lösungsorientiert.

Die ehemals gute Unterstützung seitens der Eltern veränderte sich ebenfalls. Eltern untergraben zusehends die Rolle der Lehrkraft und treten fordernd, zuweilen drohend auf. Unterstützungssysteme hinsichtlich Verhaltensänderungen sind unzureichend vorhanden. Klassenlehrer/innen würden dringend eine wöchentliche Klassenstunde benötigen, damit Probleme angesprochen werden können. Die 50% Stelle für die Schulsozialarbeit ist nicht ausreichend, um effektiv unterstützend bei Regelverstößen, dem Umgang miteinander, Elterngesprächen, ... den Lehrkräften zur Seite stehen zu können.

Mit der Mischform offener und gebundener Ganztagesangebote (ein Elternwunsch), kam eine weitere Hürde und logistische Herausforderung auf die Schule zu. Die Schule hat sich gegen Klassenmischungen aus Ganztagesbetreuung und Halbtagsunterricht entschieden, was zu einer Erleichterung und Entspannung führte.

Aus den Schulen

Weitere Entlastungsmöglichkeiten sieht die Schule:

- in einer Verkürzung des sonderpädagogischen Verfahrens bei sehr schwerwiegenden Fällen
- Bürotätigkeiten abgeben zu können an einen Verwaltungsangestellten
- Beendigung des Baustellenzustandes und Wiedernutzung des Schulhofs
- Verkürzung des Ganztagesbetriebes in Zeiten schlechter Lehrerversorgung, -dafür Sprachunterricht als AG und individuelle Unterstützungsprogramme
- nicht ständig neue Veränderungen, um wieder Normalität und Struktur in die Schule zu bekommen
- Bildung von G-Niveau-Klassen



Beschädigungen an der Schule deuten darauf hin, dass eine Identifizierung der Schüler/innen mit ihrer Schule sichtlich schwindet. Ständige Veränderung, Neustrukturierungen, Unsicherheiten, Überforderungen und Unterforderungen, Vertrauensverluste und verwaltungstechnische Unzulänglichkeiten haben daran ihren Anteil.

Nicht nur die Linden-Realschule benötigt Raum und Luft und vor allem mehr Zeit, sich auf die Veränderungen und Anforderungen einstellen zu können. Komplexe Systeme wie Schulen, benötigen Ressourcen, damit sich ein für alle zufrieden stellender Schulalltag einstellen kann.

Gute Voraussetzungen hierfür sind bedauerlicherweise nicht gegeben. Dies wurde beim Besuch der Linden-Realschule sehr deutlich. Die Leidtragenden sind alle am Schulleben Beteiligten.

Angela Effnert

Fachtag Schulbegleiter - eine kritische Bestandsaufnahme

Am 25.02.2019 fand ein „Fachtag Schulbegleitung“ im Hospitalhof in Stuttgart statt. Nach einer wenig aussagekräftigen Einführungsrunde mit Frau Dr. Eisenmann und Manfred Lucha (Minister für Soziales und Integration) stellte Prof. Dr. Fegert den Prozess hin zu einem „Curriculum für Schulbegleiter“ dar. Das Universitätsklinikum Ulm unter Leitung von Herrn Fegert hat diesen Entwicklungsprozess an ausgewählten Standorten wissenschaftlich konstruktiv begleitet und evaluiert.

Inzwischen gibt es in Baden-Württemberg ca. 80 Multiplikatoren dieses Curriculums. Diese haben inzwischen ca. 500 Schulbegleiter in mehrtägigen Schulungen auf ihr Arbeitsfeld vorbereitet. Inhalte der Schulungen sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Aufgaben und die verschiedenen Behinderungsarten und welche Unterstützung, bzw. welches pädagogische Handeln diese Kinder und Jugendlichen benötigen. Anhand von Fallbeispielen werden Situationen und Handlungsstrategien besprochen.

In den Nachmittagsgruppen kam es zum Austausch und Einblick über den Einsatz der ausgebildeten Schulbegleiter zur Unterstützung der inklusiven Beschulung. In meiner Gruppe waren drei ausgebildete Schulbegleiter, die aus ihrer Arbeit berichteten. Unterschiedlicher können Konzeptionen nicht sein. In der einen Schule gibt es eine Klasse, in der 5 Schulbegleiter für fünf Kinder tätig sind!? Die Stunden sind an das jeweilige Kind gebunden. Ist das Kind krank sind die Schulbegleiter quasi arbeitslos – bei längerem Ausfall des Kindes kann die Schulbegleitung sogar auf Zeit gekündigt werden. An einer anderen Schule erhält die Schule eine Zuweisung von entsprechenden Schulbegleiterstunden. Diese sind nicht fest an ein Kind gebunden und somit flexibler einsetzbar. Das heißt, die Schule kann entsprechend dem Bedarf kurzfristig bei akuter Notwendigkeit oder bei Krankheit eines Kindes die Schulbegleiter entsprechend in anderen Klassen bzw. für die ganze Klasse einsetzen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Frau Aeffner (Landesbehindertenbeauftragte) und Herrn Asmussen (KM) wurde darüber diskutiert, wie die Teilhabe gestaltet werden kann. Eine generationenübergreifende Herausforderung, so der Konsens der Diskussionsteilnehmer. Frau Aeffner bekräftigte, dass die Haltung gegenüber behinderten Menschen eine wichtige Voraussetzung für eine bessere Teilhabe ist.



Fazit: „Von der Notlösung zum Standard“, so Dr. Fegert, bedarf es noch einiger gemeinsamer Anstrengungen. Kooperation Schule-Jugendamt-Sozialamt, gemeinsame Beratungs- und Anlaufstellen, weitere Team-Fortbildungen, Schulbegleiter-Lehrkräfte, Qualifizierungsmöglichkeiten für die Schulbegleiter, langfristige finanzielle Sicherung durch die Kommunen, ...

Noch keine Ergebnisse liegen bezüglich der Wirksamkeit und der Nachhaltigkeit der Konzeption vor. Dies beinhaltet die Frage, wie lange die ausgebildeten Schulbegleiter zur Unterstützung im System Schule bleiben. Ausschlaggebend werden dabei sicher die Bezahlung, die entsprechenden Rahmenbedingungen und die Möglichkeit zu einer beruflichen Qualifizierung sein. Man darf gespannt sein.

Weitergehende Informationen und Publikationen unter: www.bwstiftung.de/Publikationen (Suchbegriffe: „Schulbegleitung als Beitrag zur Inklusion“ und „Informationsbroschüre Schulbegleitung“)
Erwin Berger

100 Jahre Volkshochschule - 100 Jahre Frauenwahlrecht - 70 Jahre Grundrechte

Auf dem Weg zur Bildung für Alle

Der Kaiser, Wilhelm II., hatte abgedankt und die Türen der Demokratie öffneten sich mit Beginn der Weimarer Republik. Eine neue, demokratische Ordnung wurde ins Leben gerufen: die demokratische Grundordnung, das Grundgesetz, in dem im Artikel 5 die Meinungsfreiheit beschrieben steht. Auch wurde ein neues Wahlgesetz verkündet, das besagte, dass Frauen nicht nur auf Landesebene, sondern auch republikweit, ab dem 20. Lebensjahr, wählen und auch gewählt werden dürfen.

In Artikel 3, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, steht: "Es ist die Gleichheit vor dem Gesetz, es gilt für Mann wie Frau, für Frau wie Mann." Und dieses Gleichheitsrecht ermöglichte, im Zuge der Demokratisierung innerhalb der Weimarer Republik, Frauen das Wahrnehmen ihres Rechts auf Bildung. Bislang war dies keine Selbstverständlichkeit! Und es entstanden somit für alle Männer und Frauen, junge und alte, aber allesamt Interessierte, im Sinne der Volksbildung, die Volkshochschulen. Die Erwachsenenbildung nahm ihren Lauf. Die Volkshochschulen erfüllten und erfüllen, bis heute, ihren Bildungsauftrag.

Volkshochschulen etablieren sich und entwickeln sich weiter Und so erfahren heute die Teilnehmenden in den Integrationskursen, dass die Volkshochschulen sowohl für die Erwachsenenbildung, als auch für die Chancengleichheit, als auch für das Recht auf Bildung, als auch für lebenslanges Lernen stehen. Natürlich hat sich seit der Zeit der Weimarer Republik das Verständnis von Bildung etwas verändert, ebenso die Strukturen des Bildungssystems. Die Volkshochschulen von heute bilden unter dem Motto „Wissen teilen“. Das bedeutet, dass die Weiterbildenden eben nicht besserwisserisch das Wissen von „oben herab“ in die Köpfe der Teilnehmenden eintrichtern. Es bedeutet schlicht die Verknüpfung der Berücksichtigung der individuellen Lebens- und Erfahrungswelten der Teilnehmenden mit gesellschaftlich relevantem, aktuellem, wissenschaftlichem Wissen.

Für dieses Wissen und seinen Transport sind im Bereich der DaFDaZ-Lehrkräfte Weiterbildner/innen verantwortlich. Diese sind zu einem geringen Teil hauptberufliche Mitarbeiter/innen an den Volkshochschulen. Der weitaus größere Teil ist freiberuflich und damit prekär tätig. Das bedeutet für die öffentliche Verantwortung, in der die Volkshochschulen ihren Bildungsauftrag erfüllen, dass Bund, Länder und Kommunen weitaus mehr Geld für die öffentlich finanzierte Weiterbildung ausgeben müssen, „nur so können die öffentliche Verantwortung und die vor 100 Jahren in der Weimarer Reichsverfassung verankerte Förderung der Erwachsenenbildung angemessen wahrgenommen werden.“ (Ansgar Klinger, PM vom 13.02.2019, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der GEW, OB Berufliche Bildung und Weiterbildung).

Das bedeutet, „Baden-Württemberg muss mehr Geld für die öffentlich finanzierte Weiterbildung ausgeben und die Landesförderung der allgemeinen Weiterbildung erhöhen. Eine bessere Finanzierung ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung, um die Arbeitsbedingungen von DaF-Lehrkräften zu verbessern“, so Doro Moritz, Landesvorsitzende der GEW.



DaZDaF-Lehrkräfte fordern faire Arbeitsbedingungen

Das bedeutet konkret, dass an den Volkshochschulen faire Arbeitsbedingungen und faire Einkommensverhältnisse geschaffen werden müssen:

- Auszahlung von Urlaubsentgelt für die in den Vorjahren erbrachte Auftragsleistung
- Weiterbezahlung und Weiterbeschäftigung bei Krankheit wie in Elternzeit
- Arbeitgeberanteil an Kranken-, Pflege und Rentenversicherung
- Honorare, die eine Rente ermöglichen, von der man leben kann
- betriebliche Mitbestimmung
- Dauerstellen für Daueraufgaben

Und so geschah es, dass in der Geburtstagswoche (18.-22.02.) mit Schnupperangeboten der Volkshochschule Stuttgart, die DaF-DozentInnen-Initiative Stuttgart vor dem Gebäude am Rotenbühlplatz einen Stand hatte, um auf sich und auf faire Arbeitsverhältnisse aufmerksam zu machen. Das seit dem 08.Januar 1963 bestehende Bundesurlaubsgesetz sieht ein Recht auf bezahlten Erholungsurlaub vor. Dieses Recht gilt ebenso für arbeitnehmerähnlich Tätige, die als wirtschaftlich abhängig von nur einem Auftraggeber gelten, wenn dieser eine ihr Hauptauftraggeber ist.

Der Versuch einer gütlichen Einigung seitens der Dozent/innen mithilfe von Gesprächen mit der Geschäftsleitung wie auch dem Aufsichtsrat der Volkshochschule hinsichtlich der Auszahlung des Urlaubsentgeltes war bis dahin mit dem Hinweis gescheitert, sich juristisch Klarheit zu verschaffen. Das heißt, dass einige Dozent/innen nun gezwungenermaßen den Klageweg bestreiten werden. Wer seine Meinung zum Recht auf bezahlten Erholungsurlaub und die Auszahlung desselben an die DaF-Lehrkräfte bekunden möchte, kann dies mittels der Gelben Karte an die Stadtverwaltung tun: www.stuttgart.de/gelbe-karte.

Clarissa Haziri-Hagner

*(Mitglied im Landesarbeitskreis DaFDaZ der GEW und unterrichtet seit vielen Jahren Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache)
<https://www.gew-bw.de/gruppen-arbeitskreise/arbeitskreis-dafdz>*

Wer, wenn nicht wir...

GEW



„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ (Martin Niemöller)

Durch Bildmaterial und schriftliche Unterlagen wird Geschichte in der eigenen Stadt greifbar gemacht und lokalisiert.

Der verlorene Krieg hat jedoch auch dazu beigetragen, dass die Bundes-

Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als Vorbereitung auf die Zukunft

Die Stadt hat nicht darauf gewartet, auf diesen Ort, an dem jetzt die Ausstellung „Polizei, Gestapo und Verfolgung“ zu sehen ist. Sie hat eher nichts unversucht gelassen, die anfänglich alleinigen Bemühungen von SÖS-die Linke und erst später von der SPD und den Grünen ins Leere laufen zu lassen. Wäre da nicht die Initiative Hotel Silber gewesen, die sich in ehrenamtlicher Arbeit zum Ziel gesetzt hat, einer der wenig noch nicht zerstörten authentischen Orte des Dritten Reiches zu erhalten. Mit diesem Anspruch, das Hotel Silber zu erhalten, arbeitete die Initiative mit den Parteien zusammen, suchte Verbündete, machte hartnäckig Öffentlichkeitsarbeit und arbeitete Konzepte aus. Wenn es nach dem anfänglichen Willen der Stadt gegangen wäre, hätte das Hotel Silber abgerissen werden müssen. Auf diesem authentischen Ort des Verbrechens des 20. Jahrhunderts stände jetzt ein weiterer Konsumtempel. Gottseidank ist es nicht soweit gekommen.

Der geschichtliche Werdegang des Lern- und Gedenkortes wird im Eingangsfloor anschaulich dokumentiert. Schon allein diese Dokumentation ist ein Besuch wert. Es ist ein Beispiel für uneigennütziges Ehrenamt für die Gemeinschaft. Es wird durchaus deutlich, welche Widrigkeiten und welche Abneigung dem Erhalt des Hotel Silber entgegengesetzt wurde. Wer will auch ständig mit der Vergangenheit konfrontiert werden? Doch genau dies ist dringend geboten. 2008, als die Initiative begann, in einer Broschüre Texte zum Hotel Silber zu sammeln, konnte sich noch kaum eine/r vorstellen, dass das rechtsnationale Gedankengut wieder salonfähig wird. Was damals wie eine Vision klang, Lern- und Gedenkort Hotel Silber, ist heute bittere Notwendigkeit. Das zeigt auch die geplante nachträgliche Einbettung der Demokratieverzierung in die Bildungspläne.

Außerschulische Lernorte mit Schulklassen aufzusuchen ist immer für alle Beteiligten eine große Herausforderung. Der Lerngang muss sich „lohnen“, denn er ist mit viel Zeit, Geld und Aufwand verbunden. Den Stuttgarter Schulklassen kann ich jedoch nur empfehlen, die ständige Ausstellung zu besuchen. Diese reißt vieles an und unterlegt dies mit anschaulichen Objekten, Bildern und Namen. Geschichte verliert ihre Anonymität.

Gezeigt wird die wechselhafte Geschichte der deutschen Polizei im gesamten 20. Jahrhundert, das Dritte Reich mit dem Blick auf die zahlreichen und mit Namen bekannten Opfer und Täter. Vergessen wird auch nicht die Menge der Mitläufer. Ohne diese Menschen wäre das Dritte Reich nicht möglich gewesen.

republik Deutschland ein demokratischer Staat auf der Grundlage eines wegweisenden und klug durchdachten Grundgesetzes wurde. Doch nichts hat Bestand, wenn es nicht mit Leben und Inhalten gefüllt wird. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, dies soll den Menschen schützen, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Bildung oder Religion. Das ist Mahnung und Auftrag zugleich. Deshalb ist das Hotel Silber nicht nur ein Gedenkort, sondern auch ein Lernort. Gedenken an die Opfer, Mahnung an die Täter, dass sie nicht unerkannt bleiben. Lernort deshalb, weil auch die Demokratie erlernt, gelehrt und vorgelebt werden sollte.

So verstehe ich auch die Worte von Theodor Heuss „[...] daß die Worte Demokratie und Freiheit nicht bloß Worte, sondern lebensgestaltende Werte sind [...]“, *Antrittsrede vor der Bundesversammlung (12.9.1949)*, in: *Theodor Heuss: Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965, S. 88.*

Dafür gibt es einen Raum zum Lernen. Platz hat es auch für Wechselausstellungen. Hier könnte ich mir gut vorstellen, dass auch einmal Ergebnisse der schulischen Lernprojekte gezeigt werden können.

Eine Idee wäre zum Beispiel die kritische Auseinandersetzung mit Namensgebern von Schulen, Straßen und Plätzen in Stuttgart und Umgebung. Konkret nennen möchte ich Ferdinand Porsche, der für Schulen in Stuttgart und Umgebung Namensgeber ist. Aus welchem Grund eignet sich gerade Ferdinand Porsche als Namensgeber für Schulen in einem freiheitlich demokratischen Staat?

Für die Zwangsarbeiterbaracke auf dem Firmengelände von Porsche wäre ein Erhalt als authentisches Zeugnis aus dem Dritten Reich durchaus notwendig gewesen. Sang- und klanglos wurde sie 2017 ohne große Ankündigung abgerissen. Wenn ein Gebäude abgerissen wird, verliert die Vergangenheit ihren wirklichen Platz um Geschichte konkret erlebbar zu machen. Der Initiative ist mit dem Erhalt des Hotel Silber Bedeutsames gelungen. Und nicht nur das. In der Lern- und Gedenkstätte Hotel Silber wurde die Bürgerbeteiligung für die Ausstellungen und das Haus fest institutionalisiert. Bundesweit ist diese vertraglich festgelegte Bürgerbeteiligung bisher einzigartig.

Es fehlt allerdings noch das I-Pünktchen. Ein Hinweis auf die Verhörtzelle im Untergeschoss. Es ist schade, dass der Blick in die Verhörtzelle nur zufällig erfolgt, wenn die Garderobe abgegeben oder die Toilette aufgesucht wird. Ich habe die Verhörtzelle gesucht und gefunden. Ein Hinweisschild für alle Besucher und Besucherinnen fehlt. Dass genau dies nie wieder in unserer Heimatstadt vorkommt.

Der Eintritt ist frei. (www.geschichtsort-hotel-silber.de, www.hotel-silber.de)

Annemarie Raab



Die Teilnehmer/innen der Vertrauensleute Schulung auf der Insel Reichenau am Bodensee

An den ersten Apriltagen fand die GEW – Vertrauensleuteschulung des Kreises Stuttgart im Löchernhaus statt.

Ein vielfältig ansprechendes Programm ließ die Teilnehmerliste sehr schnell ansteigen und so fuhren 38 Lehrerinnen und Lehrer aus allen schulischen Bereichen am Montag, den 01. April 2019 um 14 Uhr gemeinsam mit dem Bus an den Bodensee. Die gemeinsame Arbeit an Fragen aus dem Schulalltag eröffnete die Veranstaltung im Löchernhaus. Die Gruppe der Vertrauensleute brachte ein breites und vielseitiges Spektrum an Fragen ein, die anhand des GEW-Jahrbuches und durch Erfahrungen beantwortet werden konnten. Am Abend bot Kurt Wiedemann die Möglichkeit, allen interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern, neue Zahlen und Fakten für die Steuererklärung in Erfahrung zu bringen.

Am Dienstag, 02. April begann der Tag mit dem Referenten David Warneck, (u.a. Leiter des Arbeitskreises Digitalisierung im Bildungswesen der GEW) zum Thema „Digitalisierung und Datenschutz“. Dieses Thema löste bei den Vertrauensleuten unterschiedliche Befindlichkeiten aus. Zum einen umgibt uns die digitalisierte Welt überall, zum anderen sind wir aber in vielen Dingen sehr unsicher im Umgang. David Warneck ist es gelungen, in seinem Vortrag Themen wie Digitalpakt, Datenschutzbeauftragter an Schulen, elektronisches Klassenbuch, Vertretungspläne, Nutzung von Fotos im schulischen Alltag, WLAN aber auch nachhaltiger Umgang mit Datengeräten und Alternativen für Suchmaschinen sehr anschaulich auszuführen. Nach diesem informativen Vortrag und anschließender Diskussion war der Gruppe klar, dass dies ein Thema für die bevorstehende Zeit und ein wichtiges Element im schulischen Alltag sein muss.

Am Nachmittag konnten die Vertrauensleute das Weltkulturerbe der UNESCO auf der Reichenau genauer besichtigen, mit einer Führung durch das Münster „Maria und Markus“.

Mit großer Hingabe und vielen Informationen über das Münster, seine Geschichte und seine architektonische Besonderheit, führte uns der Kirchenmesner durch die Geschichte des Münsters.

Nach einer gemütlichen Kaffeepause fand sich die Gruppe für einen gemeinsamen Austausch mit der Fragestellung: „Ressourcenmangel und der Umgang im Alltag damit“ ein. Der gegenseitige Austausch brachte neue Blickwinkel und Denkanstöße in die Gruppen. Festzustellen war jedoch, dass diese enormen Belastungssituationen an den Schulen die Lehrkräfte aller Schularten sehr mitnimmt und nur noch wenig Spielraum für einen ausgeglichenen Arbeitsalltag lässt.

Am Mittwoch, den 03. April war der Fokus des Organisationsteams auf Inhaltliches der GEW Arbeit gerichtet. Erwin Berger stieg ein mit dem Thema: Vertrauensleute an den Schulen, welche Möglichkeiten haben wir und was sind Aufgaben, die wir an der Schule übernehmen können. Auch der Ausblick auf die bevorstehenden Personalratswahlen im Mai 2019 war ein wichtiges Thema: „Wie wird gewählt, wie werden Kolleginnen und Kollegen zur Wahl motiviert, wer kümmert sich um die Wahl“ und vieles mehr waren Fragen, die erörtert wurden.

Nach dieser Einheit nahm sich Bärbel Etzel-Paulsen der Themenheit „Tarifpolitik“ an. Was wurde in der letzten Tarifverhandlung erreicht, welche Änderungen gibt es durch den Tarifvertrag und wo gibt es Verbesserungen oder was sind Forderungen, die noch offen sind.

Dieser Tarifvertrag ist ein „Abschluss mit Licht und Schatten“, dies wurde allen Teilnehmer/innen deutlich aufgezeigt.

Viel zu schnell verging die Zeit mal wieder im Löchernhaus und nach einem intensiven Austausch am Vormittag, sowie einem guten Mittagsbuffet fuhren die Vertrauensleute in einer gesprächsfreudigen Busfahrt wieder zurück nach Stuttgart.

Doris Fries

Mit der GEW unterwegs

Bildungspolitische Fahrt nach Berlin 20. -23. Februar 2019

Berlin „ist“ nicht, sondern Berlin ist immer „Werden“!

Die Worte unseres Reiseleiters begegneten uns immer wieder an den verschiedensten Stellen in der Stadt, gleichgültig ob im West- oder Ostteil, „es wird gebaut was das Zeug hält“, so unser kompetenter Reiseführer dieser Tage durch die Stadt. Die rege Bautätigkeit und die Architektur, der ehemals geteilten Stadt, war jedoch lediglich das Randthema der 4 tägigen bildungspolitischen Fahrt nach Berlin, der 3,72 Mill. Einwohner zählenden Metropole. Unser erster Programmpunkt „Dokumentationszentrum – Topographie des Grauens“ hinterließ bei uns Scham beim Anblick der dokumentierten Vergangenheit des Entstehens einer Diktatur.



GEW Mitglieder besuchen den Bundestag in Berlin

Beim Besuch einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages am nächsten Tag, bot sich uns die seltene Gelegenheit, demokratische Handlungsweisen unmittelbar miterleben zu können. Als stille Zuschauer und Zuhörer verfolgten wir die Debatten über einen zuvor eingebrachten Entwurf eines Gesetzes, der kontrovers diskutiert wurde und eine Beratung zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe. In einer anschließenden Diskussionsrunde mit der Bundestagsabgeordneten Anna Christmann (Bündnis 90/Die Grünen), von der wir eingeladen wurden, konnten alle Beteiligten der Reisegruppe Fragen stellen und Anregungen zur aktuellen Politik einbringen. Die Reise bot noch so manche Höhepunkte und ließ ebenso genügend Zeit im Hier und Jetzt das moderne Berlin kennen zu lernen. *Gisela Schmidt*

Wer, wenn nicht wir...

GEW

Führung mit der Stolperstein Initiative „Rund um den Stöckach“

Die Initiative der Stolpersteine gibt es seit ca. 20 Jahren und Gudrun Greth, die mit der GEW-Gruppe in Stöckach unterwegs war, hat sich von Anfang an in der Initiative Stolpersteine Stuttgart-Ost engagiert. Es war kein Leichtes die Schicksale, der vom Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Bürger vollständig aufzuklären. Die Stadt Stuttgart und das Stadtarchiv zeigten sich da zunächst nicht besonders kooperativ. In akribischer Recherche konnten dennoch viele Schicksale aufgedeckt werden. Verfolgt wurden nicht nur Juden, auch Sinti und Roma, politisch Andersdenkende sowie Behinderte und Kranke hatten unter dem Regime zu leiden. An vier Stationen ging Frau Greth auf die Vorgehensweise der Nationalsozialisten ein.



Frau Greth beeindruckte die Teilnehmer/innen der Führung durch ihr umfangreiches Wissen und nahm uns mit in eine Zeit, die niemals in Vergessenheit geraten oder verleugnet werden darf.

Besonders erschüttert haben uns die Erlebnisse der Musikerfamilie Schneck. Der Vater war ein anerkannter Geigenhändler und half vielen Menschen aufgrund seiner Heilkräuterkenntnisse. Als Sinti entkamen sie dennoch nicht einer Deportation nach Auschwitz, wo alle Familienmitglieder ums Leben kamen - außer Elisabeth Schneck.



Sie wurde als Schreibkraft dringend benötigt und entging somit einem sicheren Tod. Frau Greth erzählte, dass sie einen persönlichen Kontakt zur heute 93-jährigen Elisabeth Schneck, eine der letzten Zeitzeuginnen, pflegt. Die Traumatisierung aus dieser Zeit ist bis heute Bestandteil ihres Lebens geblieben. Die Initiative der Stolpersteine bietet kostenlose Führungen auch für Schulklassen an. Anfragen zu Führungen unter: *gudrun.greth@web.de* oder *gerhard.goetze@googlemail.com*.

Ehrung für 60 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft

Dieses Jahr durfte der Kreis Stuttgart drei Mitgliedern mit 60-jähriger Gewerkschaftsmitgliedschaft eine Urkunde überreichen und zu einem gemeinsamen Essen einladen. 60 Jahre zurückdenken und sich in diese Zeit versetzen ist für viele von uns gar nicht mehr möglich. Hochspannend sind die Rückblicke dieser Mitglieder in die pädagogischen Zeiten und Entwicklungen von damals.



v.l. Jakobe Flachsenberg (MiR), Doris Neu, Heinrich Bach und Erwin Berger (GEW-Kreisvorsitzender Stuttgart) im regen Austausch mit den 60-ern

Doris Neu wurde im heutigen Lindenmuseum als Studierende des PI (Pädagogisches Institut) zur Volksschullehrerin ausgebildet und trat ihren Dienst in Schwaikheim an, bevor Sie nach Plieningen versetzt wurde. 1959/60 war Stuttgart der Vorreiter als Versuchsmodell die Grund- und Hauptschulzeit auf 9 Jahre zu erhöhen. Bisher dauerte die Schulzeit lediglich 8 Jahre. Anfang der 70-er Jahre gab es dann immer mehr „Schlüsselkinder“ – beide Elternteile waren berufstätig und die Kinder bekamen für die Wohnung einen Schlüssel. Diese Problematik der sich selbst überlassenen Schüler/innen wurde an den Schulen diskutiert und an der Fasanenhofschule entstand eine der ersten Ganztages-schulen im Land, an der Doris Neu konzeptionell und institutionalisierend mitgearbeitet hat. Darüber hinaus war sie langjährige Vertrauensperson der GEW an der Schule und viele Jahre Mitglied im Örtlichen Personalrat GHWRGS in Stuttgart. Heinrich Bach wurde ab der 7. Klasse Schüler an der Lehrerschule in Nagold. In jener Zeit suchte man Lehrkräfte, die auch nach dem PI im ländlichen Raum unterrichten würden. Die meisten Lehrkräfte wollten nach dem PI nicht in der „Provinz“ ihre Lehrtätigkeit aufnehmen, sondern strebten in die größeren Städte. Deshalb hat das Kultusministerium 4 Standorte als sogenannte „Lehrerschulen“ im ländlichen Raum geschaffen für Schüler/innen, die später einmal Lehrer/innen werden wollten und sich für den ländlichen Raum bereits quasi verpflichteten. So erhielt Heinrich Bach nach seinem Abschluss an der Lehrerschule Nagold und des PI in Esslingen seine erste Stelle in Langenau. Nach kurzer Zeit war es damals üblich, dass man bereits versetzt wurde. Er hat auf Nachfrage keinen besonderen Wunsch angegeben. Warum er dann an die Sommerrainschule in Stuttgart versetzt wurde, ist ihm bis heute ein Rätsel.

Er hat dann den Beginn der Auflösung der Hauptschule noch miterlebt, bevor er 1999 in den Ruhestand versetzt wurde.

Joachim Kühn, der dritte 60er konnte leider nicht teilnehmen. Sicher hätte er noch weitere interessante Aspekte aus seiner Lehrerlaufbahn beisteuern können.

Wir danken den drei Mitgliedern für ihre langjährige Treue zur GEW, bzw. zum damaligen Württembergischen Lehrerverband und wünschen weiterhin beste Gesundheit und geistige Frische.

Erwin Berger

Der Stuttgarter Osten – erst rot dann braun

Unter diesem Motto führte uns Herr Dr. Blessing zu Plätzen eines dunklen Kapitels deutscher Vergangenheit. Die Führung begann am Ostendplatz, einem geschichtsträchtigen Ort.



Im Hintergrund das kirchliche Gemeindehaus, das zu einem Kinderhort umgewandelt wurde – entsprechend der nationalsozialistischen Ideologie, „Die Kindheit gehört der NSDAP“.

Dort gerieten Kommunisten, Sozialisten und Nationalsozialisten in den 1930er Jahren oft handgreiflich mit tödlichen Folgen aufeinander. Nicht nationalsozialistisch Gesinnte wurden denunziert und öffentlich am Ostendplatz durch einen Aushang angeprangert. Die Gleichschaltung schritt in einem rasanten Tempo voran, was Dr. Blessing immer wieder betonte.

Erwin Berger

